



INFORMATIONSVORLAGE	Vorlage Nr.:	
	Verantwortlich:	Dez. 3
Vorgehensweise „Anträge aus dem Arbeitskreis Migrationsbeirat“		

Beratungsfolge dieser Vorlage					
Gremium	Termin	TOP	ö	nö	Ergebnis
Migrationsbeirat	11.03.2020	6	x		

Beschluss:

Der Migrationsbeirat nimmt die Informationsvorlage zustimmend zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>					
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input type="checkbox"/>					
Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen:					
<input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu					
IQ-relevant		Nein <input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema: Soziale Stadt
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	<input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>		Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	<input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>		Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

Vorgehensweise „Anträge aus dem Arbeitskreis Migrationsbeirat“

In seiner Sitzung am 21.11.2019 hat der Arbeitskreis Migrationsbeirat erstmalig einen Antrag an die Verwaltung auf Mittelerrhöhung des Integrationstopfes PSP 1.500.11.14.08.02.02 KA Integrationsplan (160.000 € / Haushalt 2019) beschlossen. Dies wird zum Anlass genommen, um die grundsätzliche Vorgehensweise von Anträgen des Arbeitskreises festzulegen.

Aufgaben des Arbeitskreises Migrationsbeirat

Der AK Migrationsbeirat ist das Arbeitsgremium des Migrationsbeirates. Das Gremium ist zusammengesetzt aus elf Gemeinderätinnen und Gemeinderäten sowie zehn Sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern und deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter. Die Sitzungen finden rund alle sechs Wochen statt. Die zentrale Aufgabe des Arbeitskreises Migrationsbeirat ist die Steuerung der städtischen Integrationspolitik, insbesondere die Beteiligung an der Umsetzung und Fortschreibung des Integrationsplans.

Anträge an die Verwaltung und Vorschlag der künftigen Vorgehensweise

Die Anträge, die der AK Migrationsbeirat an die Verwaltung richtet, sind zu unterscheiden in:

a) Antrag ohne Finanzierungsbedarf

Anträge dieser Art werden vom Dezernat 3 angenommen und in Form von städtisch abgestimmten Vorlagen im Migrationsbeirat erörtert.

b) Antrag mit Finanzierungsbedarf aus dem Integrationstopf PSP 1.500.11.14.08.02.02 KA Integrationsplan (160.000 € / Haushalt 2019)

Bei solchen Anträgen wird das Dezernat 1 informiert, um über die geplante Projektförderung aus dem Integrationstopf rechtzeitig zu informieren, bevor die Vorlage im Migrationsbeirat beraten wird.

c) Antrag mit Finanzierungsbedarf und haushaltsrelevant

Solche Anträge beziehen sich

- 1) auf Projekte, die bereits über den Integrationstopf gefördert und evaluiert wurden und nun als strukturelle Maßnahme verstetigt werden sollen und
- 2) auf deutliche Mittelerrhöhung (>5%) von Maßnahmen, die bereits im Haushalt hinterlegt sind. Der AK Migrationsbeirat erstellt sechs Monate vor der Haushaltsberatung eine Empfehlungsliste mit einer Auflistung der Anträge. Nach Prüfung durch das Büro für Integration/Dez.3 wird die Empfehlungsliste über Dez. 1 und Dez. 4 der Stadtkämmerei zugeleitet.

Diese Sachverhalte werden in einer Empfehlungsliste an den Gemeinderat zusammengeführt und im Rahmen der Haushaltberatungen behandelt.

Diese Vorgehensweise lehnt sich an das Verfahren der Stadt Stuttgart an. Es löst das bisherige Verfahren der Verstetigung der Projekte durch Empfehlung des Migrationsbeirates ab. Dieses

führte zu langwierigen, und im Ergebnis zum Teil unbefriedigenden, Lösungen in der verwaltungsinternen Abstimmung der Vorlagen.